



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de), Homepage: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)  
Facebook: [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72)  
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

## BBU-Newsletter

22. Jahrgang, Nummer 01 / 2025

\*\*\*\*\*

### *Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,*

genau 39 Jahre sind seit dem Beginn der Tschernobyl-Katastrophe vergangen. Die Älteren unter uns werden sich noch gut an die Ereignisse im Jahr 1986 erinnern. Viele denken inzwischen, dass sich das Thema Atomenergie erledigt hat und glauben,



dass die Bundesrepublik „ausgestiegen“ ist. Richtig ist, dass in der Bundesrepublik kein AKW mehr am Netz ist, doch noch immer wird in Gronau und Lingen Uran für internationale AKW vorbereitet. Und immer wieder fahren Atomtransporte unterschiedlichster Art quer durch das Bundesgebiet. Und die Urenco, die in Gronau die Urananreicherungsanlage betreibt, entwickelt neue Mini-AKW. Von der unge lösten Endlagersuche und (wirren) Plänen zum Bau neuer AKW in anderen Ländern ganz zu schweigen.

All diese Themen verdeutlichen: Es ist weiterhin wichtig für den (internationalen) Atomausstieg auf die Straße zu gehen. Der Tschernobyl-Jahrestag (26. April) ist dafür eine gute und wichtige Gelegenheit. Folgend eine (vermutlich unvollständige) Übersicht der Aktionen rund um den Jahrestag:

<https://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Hinweis: Bitte teilt uns eure Veranstaltungshinweise möglichst frühzeitig mit, damit wir sie mit bewerben können. Gerne auch Hinweise auf Erörterungstermine, umweltpolitische Anhörungen etc.

Nicht auslassen möchten wir an dieser Stelle die Erinnerung daran, wie wichtig für den BBU neue Mitglieder (Initiativen und auch gerne fördernde Privatpersonen) sowie solidarische Spenden sind. Wenn Ihr etwas Zeit dafür finden würdet, „hier und da“ Werbung für den BBU zu machen und / oder um dem BBU eine Spende zukommen zu lassen, wäre das großartig und eine wichtige Unterstützung für die weitere engagierte Arbeit des BBU.

BBU-Aufnahmeanträge findet man unter

<https://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>.

Bitte weist eure FreundInnen darauf hin.

Und hier das **BBU-Spendenkonto**:

Sparkasse Köln/Bonn  
**IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66**  
SWIFT-BIC: COLSDE33  
Stichwort: **Tschernobyltag 2025**

Gerade für die weitere Vernetzung- und Öffentlichkeitsarbeit des BBU sind Spenden beim BBU gerne gesehen und für die weitere Jahres-Planung sehr wichtig.

Der BBU-Vorstand, die Geschäftsführung und die Newsletter-Redaktion wünschen Euch weiterhin alles Gute und viel Kraft für das konsequente Engagement für den Umweltschutz.

## Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen oder Aktions-Vorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de).

**Termine:** <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

## Atomenergie

### Protest lohnt sich: Provinz Groningen bleibt atommüllfrei

Ebenso wie in der Bundesrepublik wird auch in den Niederlanden ein Endlager für den hochradioaktiven Atommüll gesucht. Bis zum 24. März 2025 konnten in den Niederlanden zum aktuellen Suchverfahren Stellungnahmen und Einsprüche eingereicht werden. Auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat fristgerecht eine kritische Stellungnahme zum Atommüll-Endlager-Suchverfahren in den Niederlanden eingereicht. Der BBU kritisiert u. a., dass in den Niederlanden weiterhin Atommüll produziert wird und sogar neue Atomkraftwerke geplant werden, obwohl auch in den Niederlanden weit und breit kein Endlager in Sicht ist.



<https://www.bbu-online.de/Stellungnahmen/BBU-Stellungnahme%20PDF%20Endagerung%20Niederlande%2024.03.2025.pdf>

Mögliche niederländische Atommüll-Standorte befinden sich u. a. in der Provinz Groningen, so z. B. im Bereich der historischen Festung Bourtange, nicht weit vom Emsland entfernt (Niedersachsen). Gerade gegen die möglichen Endlagerstandorte in der Provinz Groningen hagelte es Proteste. In der Folge hat die „Tweede Kamer“ (mit dem Bundestag vergleichbar) Ende März beschlossen, dass in den Salzstöcken in der Provinz Groningen kein Atommüll gelagert werden soll.

<https://www.rtvnoord.nl/politiek/1284536/tweede-kamer-blokkeert-opslag-kernafval-in-groningse-zoutkoepels>

Und gleich noch eine gute Nachricht für die Provinz Groningen: Die Tweede Kamer hat sich auch gegen den Bau eines Atomkraftwerks im Bereich Eemshaven ausgesprochen.

<https://www.rtvnoord.nl/politiek/1284526/tweede-kamer-spreekt-zich-uit-tegen-een-kerncentrale-in-de-eemshaven>

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) warnt, dass mit den Beschlüssen zur Provinz Groningen die Planungen neuer Atomkraftwerke in den Niederlanden nicht beendet sind und in anderen Provinzen fortgesetzt werden. Außerdem läuft auch zukünftig die Suche nach einem Atommüll-Endlagerstandort. Dieser könnte letztlich auch im Grenzgebiet zur Bundesrepublik festgelegt werden.

Aus Sicht des BBU darf das Atommüllproblem nicht verschärft werden, weder in der Bundesrepublik, nicht in den Niederlanden und auch nicht anderswo. Der Betrieb jeder Atomanlage verschärft das Atommüllproblem. Weltweit gibt es kein sicheres Endlager für hochradioaktiven Atommüll, und auch nicht für andere Atommüllsorten. Der Betrieb des Atomkraftwerks Borssele und anderer Atomanlagen sowie der mögliche Neubau von Atomkraftwerken in den Niederlanden verschärfen das Atommüllproblem.

### Hintergrundinformationen:

<https://www.platformparticipatie.nl/npra/planning-npra/2560352.aspx>

<https://www.laka.org/nieuws/2025/ontwerp-nationaal-programma-radioactief-afval-eindberging-eerder-dan-2130-654076>

<https://wisenederland.nl/5366-2>

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 02.04.2025.

Vollständiger Text:

<https://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202025/02.04.25.pdf>

## Steigende Beteiligung: 200 – 250 Personen beim Ostermarsch zur Urananreicherungsanlage Gronau

In Gronau (Westfalen) hat Karfreitag (18.04.2025) wieder der NRW-Auftakt zu den bundesweiten Ostermärschen der Friedensbewegung stattgefunden (siehe Foto).. Er führte zur bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage. Dort fand die Abschlusskundgebung vor dem Haupttor der Urananreicherungsanlage statt. Es beteiligten sich rund 200 – 250 Personen, deutlich mehr als in den Vorjahren. Veranstaltet wurde der Ostermarsch erneut vom Arbeitskreis Ostermarsch Gronau, in dem Anti-Atomkraft- und Friedensinitiativen aus dem Dreiländereck rund um Gronau (NRW, Niederlande, Niedersachsen) zusammen arbeiten.

Schon seit den 80er Jahren werden in Gronau Ostermärsche gegen die Urananreicherungsanlage durchgeführt. Das Motto des diesjährigen Gronauer Ostermarsches lautete „Frieden und Energie – statt atomares Wettrüsten und Atom-  
müll“.



Mit dem Ostermarsch wurde angeprangert, dass die Zentrifugentechnik, die auch bei der Urananreicherung in Gronau zum Einsatz kommt, auch zum Bau von Atomwaffen genutzt werden kann. Nach der erfolgten Stilllegung der letzten Atomkraftwerke in der Bundesrepublik wird in den Uranfabriken in Gronau und Lingen (Niedersachsen) weiterhin nuklearer Brennstoff für Atomkraftwerke in zahlreichen Ländern vorbereitet.

Zudem richtete sich der Ostermarsch auch gegen den drohenden Einstieg des russischen

Atomkonzerns Rosatom bei der Brennelementproduktion in Lingen. Gefordert wurde das Aus für die Uranverarbeitung in Gronau und Lingen und auch für die niederländische Urananreicherungsanlage in Almelo.

Neben der potenziellen Gefahr und politischen Brisanz der Urananreicherung wurde bei dem Ostermarsch nicht nur auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine eingegangen, sondern auch auf die gewaltvolle Eskalation in Nahost und auf die zahlreichen weiteren Kriege in aller Welt. Gefordert wurden konsequente Friedensbemühungen.

### Dialog statt Konfrontation - UN- Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen

Bei den Kundgebungsreden am Gronauer Bahnhof und vor der Urananreicherungsanlage wurde kritisiert, dass die militärische Sicherheitslogik auf Konfrontation statt auf Dialog setzt. Dies ist die Grundlage für ein globales, auch wieder atomares, Wettrüsten und die zunehmenden internationalen Spannungen. Das Risiko eines Atomkrieges war noch nie so hoch wie heute. Der Ruf nach weiteren Atomwaffen, auch in der Bundesrepublik, wird immer lauter. Die Urananreicherung wäre dabei immer noch der leichteste Weg zur Atom-  
bombe. Das globale Wettrüsten wurde bei dem Ostermarsch konsequent abgelehnt. Und so wurde bei dem Ostermarsch auch gefordert, dass die Bundesrepublik ein Zeichen setzt und dem Beispiel vieler Staaten folgt und dem UN- Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft.

In den Ostermarschreden wurde auch verdeutlicht, dass Kriege gravierende Folgen für das Welt- Klima haben: Durch eigentliche Kriegshandlungen für Treibstoffverbräuche der militärischen Fahrzeuge, Lastwagen, Panzer, Hubschrauber und dergleichen.

Der Arbeitskreis Ostermarsch Gronau ist erfreut, dass Karfreitag gemeinsam ein Zeichen gegen Hass und Hetze sowie für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung gesetzt wurde. Und nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl vor 39 Jahren (26.4.) steht fest: Alle Atomkraftwerke und Uranfabriken müssen gestoppt und Atomtransporte verhindert werden. Alle Atomwaffen müssen vernichtet werden. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Die Vielfalt der Mitwirkenden und der verschiedenen Themen spiegelte sich im ganzen Programm des Ostermarsches wieder. Zu Wort kamen bei den Kundgebungen Roel Dorgelo (Enschede voor vrede, NL), Burkhard Helling (Bürgerinitiative „Kein Atom-  
müll in Ahaus), Robert Hülsbusch (Friedensinitiative Nottuln), Dr. Martha Pfeiffer (Arbeitskreis Ostermarsch Gronau), Hanna Poddig (Kampagne „Nirgendwo“) und Gertrud Roth (kfd, Katholische Frauen Deutschlands). Zur Teilnahme an dem Gronauer Ostermarsch hatten Initiati-

ven und Organisationen aus Gronau sowie aus dem Großraum Münsterland und Emsland aufgerufen, Auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) war beim Protest dabei.

Musikalisch unterstützt wurde der Gronauer Ostermarsch u. a. von dem Kölner Liedermacher Gerd Schinkel, der bereits mehrfach in Gronau Aktionen gegen die Urananreicherungsanlage begleitet hat. Für das leibliche Wohl sorgte vor der Urananreicherungsanlage die Anti-Atomkraft-VolXküche.

Am Ende des Ostermarsches wurden weitere Proteste gegen die Urananreicherungsanlage in Gronau sowie am Tschernobyl-Jahrestag (26.4.) gegen die Atomanlagen in Ahaus, Jülich und Lingen angekündigt. Zudem soll am 17. Mai in den Niederlanden ein Aktionstag gegen den geplanten Bau neuer Atomkraftwerke stattfinden. Zudem wurde zur Teilnahme an den weiteren Ostermärschen an diesem Wochenende aufgerufen, z. B. in Münster, Lingen oder Den Haag (NL).

**Weitere Informationen**, auch zu den landes- und bundesweiten Ostermärschen, unter:

<https://ostermarsch-gronau.de>, <http://s9y.ostermarsch-ruhr.de>, <https://www.friedenskooperative.de>

Pressemitteilung des AK Ostermarsch Gronau, in dem auch der BBU mitgewirkt hat, vom 18.04.2025

## 39 Jahre Tschernobyl: Dezentrales Gedenken / Auch Uranfabriken und Atomforschung stoppen!

*Foto: Mahnwache zum 38. Tschernobyl-Jahrestag an der UAA Gronau, 5.5.2024*

39 Jahre nach dem Beginn der Katastrophe im Atomkraftwerk Tschernobyl (26.4.1986) fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die konsequente Fortsetzung des bisher unvollständigen Atomausstiegs in der Bundesrepublik. Von der Bundesregierung und den verantwortlichen Landesregierungen fordert der BBU das Aus für die Uranfabriken in Gronau (NRW) und Lingen (Niedersachsen) sowie das Aus der Atomforschung für neue Atomkraftwerke. So befasst sich der Urenco-Konzern an seinem Standort in Gronau mit der Entwicklung neuer Atomkraftwerke. Der BBU spricht sich global gegen den Bau neuer Atomkraftwerke und für die Stilllegung noch laufender AKW und sonstiger Atomfabriken weltweit aus. Der BBU betont, dass die Atom-Katastrophe in Tschernobyl und ihre dauerhaften Folgen nicht in Vergessenheit geraten dürfen und dass die Zukunft den erneuerbaren Energien gehört.

### Auch 2025 vielfältige Gedenk- und Protestveranstaltungen

Auch in diesem Jahr wird rund um den diesjährigen Tschernobyl-Jahrestag in vielen Städten dezentral an die Atomkatastrophe in Tschernobyl erinnert und vor dem Weiterbetrieb von AKW und Atomfabriken gewarnt. Zudem wird am Samstag (26.4.) mit einer Doppelaktion in Jülich und Ahaus (NRW) gegen drohende

Castor-Atomülltransporte demonstriert. Und in Gronau (NRW) führte bereits Karfreitag ein Ostermarsch zur bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage, bei dem auch an Tschernobyl erinnert wurde. Gerade bei der Urananreicherung mit dem Zentrifugenverfahren wird übrigens deutlich, dass die so genannte zivile Nutzung der Atomenergie faktisch im engen Zusammenhang mit der militärischen Nutzung der Atomenergie zu sehen ist.



Der BBU fordert, dass sich die Bundesregierung mit Nachdruck für die Stilllegung der Uranfabriken in Gronau und Lingen einsetzen muss, damit der beschlossene Atomausstieg umfassend beendet werden kann. „Außerdem muss sich die Bundesregierung mit Nachdruck für die Stilllegung der Atomkraftwerke in anderen Staaten sowie gegen AKW-Neubaupläne, zum Beispiel in den Niederlanden, einsetzen. Die Stilllegung der drei letzten AKW in der Bundesrepublik vor zwei Jahren war zum Schutz der Bevölkerung richtig und wichtig, doch noch immer wird die Bevölkerung von Atomanlagen im In- und Ausland bedroht. Das muss unterbunden werden“, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

## Atommüll-Entsorgung ungelöst

Gegen die weitere Nutzung der Atomenergie spricht für den BBU auch die ungelöste Atommüll-Entsorgung. Und so vertritt der BBU folgende Auffassung, „Wer nicht einmal nachweisen kann, wo die vorhandenen Atommüllberge sicher für tausende Jahre bleiben sollen, darf keinen weiteren Atommüll produzieren.“ Weiterhin ist der BBU der Meinung, dass mit Atomkraftwerken nicht gegen den Klimawandel vorgegangen werden kann.

Mit ihren Aktionen richtet sich die Anti-Atomkraft-Bewegung auch gegen ständige und hochgefährliche Atomtransporte unterschiedlicher Art sowie gegen den Uranabbau, der z. B. in Kanada oder Australien die Basis für den Betrieb von Atomanlagen darstellt.

### Hier eine Auswahl aktueller Aktionstermine zum diesjährigen Tschernobyl-Jahrestag

**26. April 2025:** Neckarwestheim, Protestaktion beim stillgelegten Atomkraftwerk, 14 Uhr

**26. April 2025:** Lingen, Mahnwache vor dem Alten Rathaus am Marktplatz gegen den Weiterbetrieb der Brennelementefabrik, 18.00 Uhr

**26. April 2025:** Doppelaktion in Jülich und Ahaus, jeweils 14 Uhr vor dem Atomforschungszentrum Jülich bzw. am Atommüll-Lager in Ahaus

**27. April 2025:** Gorleben, 13 Uhr Treffpunkt am Atommüll-„Zwischen“-Lager

**28. April 2025:** Schweinfurt, Marktplatz Schweinfurt, Mahnwache, 18 Uhr

Informationen zu diesen und weiteren Aktionsterminen findet man unter

<https://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>;

Weitere Informationen:

<https://www.bbu-online.de>, <https://www.ipnw.de/atomenergie.html>, <https://www.laka.org>

BBU-Pressemitteilung vom 24.04.2025

## Tonerschäden

### Jahresbericht 2024 der Stiftung nano-Control, Zusammenfassung:

In diesem Jahr haben wir einen Meilenstein erreicht. Anonymisierte Daten von 2.000 Betroffenen wurden von der University of Massachusetts wissenschaftlich ausgewertet und bestätigen die Berichte von inzwischen 4.000 Betroffenen. Es kommt zu entzündlichen und immunologischen Symptomen und Erkrankungen durch die Emissionen von Laserdruckern und -kopierern.

*Journal of Occupational and Environmental Medicine* [66\(11\):p 891-902, November 2024.](#)  
DOI: 10.1097/JOM.0000000000003197 Copyright © 2024 American College of Occupational and Environmental Medicine

Die Innenraumluft wird nicht nur für uns, sondern auch weltweit zu einem zentralen Thema. Die **Luftqualitätswerte in Innenräumen sind oft 2–5 Mal schlechter als im Freien**. Stellungnahme: WHO Luftqualitätsleitlinien 2021 „Luftverschmutzung der Außenluft und in Innenräumen war 2019 für etwa 12% aller globalen Todesfälle mit verantwortlich.“ Quelle Umweltbundesamt

Unser Ziel ist es, Regeln für die Innenraumluft zu schaffen, *gemessen, kontrolliert, geregelt oder überprüft*; damit wir uns auf sie, wie auf ein Lebensmittel verlassen können.

- Die 1. WHO Global Conference on Air Pollution and Health hatte im Jahr 2018 einen Traum mit „einer Welt frei von Luftverschmutzung“.
- In den WHO Global Air Quality Guidelines wurden 2021 die Richtlinien drastisch reduziert und erstmals auch die Innenraumluftqualität aufgenommen.

- In diesem Jahr hat eine Gruppe internationaler Experten unter Leitung von Lidia Morawska einen *blueprint* for national indoor air quality standards for public buildings. Ein erster Schritt für die Qualität der Innenraumluft, welche hoffentlich zu nationalen Regelungen führt.
- Allianz für gute Raumluftqualität 6/2024 – Manifest 7 europäischer LÜKK-Organisationen, Brüssel

Quelle und weitere Informationen: <https://www.nano-control.org/jahresbericht-2024>

## Verkehrspolitik

### **Hessische Umfrage: Klare Mehrheit für dauerhafte Fortführung des Deutschlandtickets – Mehr Investitionen und Fachkräfte für ÖPNV unverzichtbar**

Eine aktuelle repräsentative Umfrage zeigt, dass für die weit überwiegende Mehrheit der Befragten in Hessen die langfristige Fortführung des Deutschlandtickets wichtig ist.

Eine aktuelle Umfrage in Hessen unterstreicht den verkehrspolitischen Erfolg des Deutschlandtickets. Mit Blick auf die anstehende Verkehrsministerkonferenz am 2. und 3. April erklärt das hessische Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende: „Die hessische Landesregierung und die anderen Landesregierungen sind in der Pflicht, mit der neuen Bundesregierung eine langfristige Finanzierung des Deutschlandtickets sicherzustellen und den ÖPNV zukunftsfähig aufzustellen. Das vergünstigte Deutschlandticket Hessenpassmobil muss ebenfalls durch die Landesregierung langfristig gesichert und preisgünstiger gestaltet werden, um möglichst allen Menschen Mobilität zu ermöglichen.“ Außerdem hält das Bündnis die Einführung eines deutschlandweiten preisgünstigen Tickets für alle Menschen in der Bildungsphase für notwendig.

Eine aktuelle repräsentative Umfrage zeigt, dass für die weit überwiegende Mehrheit der Befragten in Hessen (89,7 Prozent) die langfristige Fortführung des Deutschlandtickets wichtig ist. Ohne das Ticket drohen für zwei Drittel der Befragten (66,5 Prozent) steigende Mobilitätskosten und knapp die Hälfte (48,1 Prozent) würden häufiger mit dem Auto fahren. Eine Abschaffung würde zudem die Meinung über die neue Bundesregierung bei 79,6 Prozent verschlechtern.

Außerdem zeigt die hessische Umfrage deutlich: eine höhere Verlässlichkeit des ÖPNV (52,4 Prozent), bessere Taktungen (41,8 Prozent) und der Ausbau von Bahn- und Busverbindungen (41,2 Prozent) sind entscheidend, um das Deutschlandticket noch attraktiver zu machen und die Nutzung des ÖPNV zu erhöhen.

Hierzu erklärt das Bündnis: „Die Investitionen in den ÖPNV und in die Verknüpfung mit anderen klimafreundlichen Verkehrsträgern wie dem Fahrrad müssen deutlich gesteigert und verstetigt werden. Um ausreichend qualifizierte Fachkräfte für den ÖPNV zu sichern und zu gewinnen, sind Tariflöhne und gute Arbeitsbedingungen unerlässlich“.

Pressemitteilung des BUND LV Hessen vom 01.04.2025. Quelle und weitere Informationen:

<https://www.bund-hessen.de/pm/news/hessische-umfrage-klare-mehrheit-fuer-dauerhafte-fortfuehrung-des-deutschlandtickets-mehr-investitionen-und-fachkraefte-fuer-oepnv-unverzichtbar>

## Waldschutz

### **Tag des Waldes 2025**

Die Pressemitteilung des BBU zum Tag des Waldes 2025 findet man unter

<https://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202025/21.03.25.pdf>



**Impressum:** BBU-Newsletter Nr. 01 / 2025, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 05.05.2025. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminhinweise werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [uaanee@web.de](mailto:uaanee@web.de) In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de) abbestellen.